



Nicht willkommen in der EU: Flüchtlinge aus dem Irak, Iran und Afghanistan in Piräus, Griechenland.

(Foto: epa)

IRAK

War to go?

Niemand will sie haben: die Flüchtlinge aus dem Irak. Die Nachbarstaaten, das UNHCR und zahlreiche Hilfsorganisationen rüsten sich für die erwartete Massenflucht.

Die Grenzen des kurdischen Nordirak zum Nachbarland Türkei sind hermetisch abgeriegelt, die zum Iran vermint; die ersten Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr sind getroffen. Während die Öffentlichkeit gebannt den amerikanischen Truppenaufmarsch am Golf verfolgt, rüsten sich auch Hilfsorganisationen und das Uno-Flüchtlingskommissariat UNHCR im Nordirak für die erwartete Massenflucht. Seit Wochen stockt das UNHCR die Lagerhäuser der Region auf, um im Krisenfall sofort "Zeltstädte" zu errichten und die Notversorgung zu übernehmen.

"Nach Schätzungen der UN werden im Falle eines Krieges ca. 1,5 Millionen Menschen versuchen, das Land zu verlassen", erklärt Thomas Gebauer, der Geschäftsführer der Organisation Medico International. Der letzte Golfkrieg hatte eine regelrechte Massenflucht ausgelöst: Fast zwei Millionen Menschen ver-

suchten allein an den nördlichen Grenzen, in die Nachbarländer zu gelangen. Die meisten von ihnen flohen allerdings nicht vor den unmittelbaren Kampfhandlungen des Krieges selbst, sondern vor irakischen Truppen, die nach den missglückten Massenaufständen in einer Vergeltungskampagne die gesamte Region unter ihre Kontrolle gebracht hatten.

Besonders gefährdet: die Kurden im Norden

Wie viele Menschen diesmal fliehen werden, hängt ganz davon ab, welche militärische Strategie gegenüber Saddam Hussein letztlich angewendet wird, sowie von der Reaktion des Regimes. Saddam Hussein hat einen unerbittlichen Verteidigungskampf angekündigt. Den Kurden im Nordirak wird im offiziellen Regierungsjargon als "zionistische Agenten" und "fünfte Kolonne Israels" seit langem die Schuld am Elend des Landes gegeben. Sie gelten als besonders gefährdet, sollte Saddam ein Vergeltungsschlag gelingen. Kürzlich verkündete Saddam Husseins Stellvertreter Tarik Aziz im qatarischen Fernsehen,

die kurdischen Politiker Masoud Barzani und Jalal Talabani würden dann "hinweggefegt werden".

Angesichts solcher Drohungen richten sich die Menschen im Nordirak seit Anfang des Jahres bereits auf den Ernstfall ein. Um die Versorgung der Bevölkerung im Falle eines erneuten Angriffs mit chemischen Waffen gewährleisten zu können, wurden Sammelplätze und Notfalllazarette eingerichtet.

Im Krieg von 1991 führte die Massenflucht von Irakern, die an der Grenze zur Türkei und zum Iran Schutz suchten, nicht zu einer internationalen Aufnahme der Flüchtlinge, sondern zu einer groß angelegten Rückführung in den noch umkämpften Nordirak. Gegen die Regeln des internationalen Flüchtlingsschutzes hatte sich die Türkei geweigert, die Menschen aufzunehmen. Ein so genannter Safe Haven innerhalb des Verfolgerlandes wurde eingerichtet, und mehrere hunderttausend Flüchtlinge wurden in eine vermint und völkerrechtlich nicht anerkannte Enklave des Irak abgeschoben.

Diese Aktion verstieß eindeutig gegen das so genannte Non-Refoulement-Prinzip, das

Verbot der Rückschiebung von Flüchtlingen in ihr Verfolgerland. Dennoch wurde sie vom Einsatz humanitärer Organisationen flankiert. In den Notlagern der türkischen Grenzregion verteilte das UNHCR Flugblätter, in denen fälschlicherweise behauptet wurde, die Menschen könnten in sicheres Gebiet zurückkehren. In Wirklichkeit verließen sie mit der Rückkehr in den Irak jedoch nur den Geltungsbereich des internationalen Flüchtlingsrechts und damit die Verantwortlichkeit des UNHCR. Anstelle von politischer Sicherheit und effektivem Schutz hielten die internationalen Hilfsagenturen im Irak lediglich Woldecken und Notbehausungen bereit.

Seitdem ist die Versorgung von Flüchtlingen innerhalb des Verfolgerstaates zum anerkannten Modell der Fluchtabwehr avanciert. Hilfsagenturen erledigen innerhalb dieses Konzepts die anfallende humanitäre Arbeit in den Flüchtlingslagern. Die Grundlagen für diese Hilfe wurden bereits geschaffen. So hat die türkische Regierung mit der Errichtung von Infrastruktur für Flüchtlingslager auf der irakischen Seite der Grenze begonnen. Seit Monaten hält das Militär dort einen so genannten Sicherheitsstreifen besetzt, in dem Landvermesser das Areal für künftige Zeltstädte abgesteckt haben. Zusätzlich für die Lager ist der türkische Rote Halbmond, der seit Jahren faktisch die Interessen der türkischen Regierung im Nordirak vertritt und 14 Lager errichten soll. Fünf von ihnen wurden bislang eingerichtet.

Fluchtabwehrstreifen an der Grenze

Anfang Januar verlegte die türkische Armee erneut Truppen an die Grenze, die der Regierung zufolge nicht an einer möglichen Militärintervention gegen den Irak teilnehmen werden, sondern der "humanitären Versorgung" dienen. Auf diese Weise sollen Flüchtlinge bereits vor der Grenze abgefangen und interniert werden. Auch die iranische Regierung bereitet sich auf eine Massenflucht vor. Bereits jetzt lebt rund eine Million irakischer Flüchtlinge im Iran. Diese Menschen, die teilweise schon in den frühen achtziger Jahren in den Iran flohen, verfügen über keinen dauerhaf-

ten Rechtsstatus und dürfen größtenteils die iranisch-irakische Grenzregion nicht verlassen. Um die dauerhafte Ansiedlung irakischer Flüchtlinge zu verhindern, wurde zudem ein Arbeitsverbot sowie im Jahr 2001 ein Verbot der Eheschließung mit iranischen Staatsbürgern erlassen.

Die wenigen Hilfsorganisationen, die in den iranischen Flüchtlingscamps arbeiten, beklagen seit Jahren die unhaltbaren Zustände in den Lagern, die bestenfalls für eine vorübergehende Notversorgung geeignet sind. Wie bereits im Afghanistankrieg will die iranische Regierung an der Grenze "exterritoriale Zonen" schaffen, um so irakische Flüchtlinge an der Überquerung zu hindern. Wie die Kurden sind die Schiiten im Südirak seit den Aufständen des Jahres 1991 besonders von Racheaktionen des Regimes bedroht.

Damals verhandelte die Anti-Irak-Koalition mit dem Regime über die Rückkehr von Flüchtlingen. Nicht im Interesse der Menschen, sondern aus Angst vor einer Destabilisierung der Region durch einen anhaltenden Massenausodus aus dem Irak. Aus Sicht des irakischen Staates ist die erwartete Massenflucht auch jetzt ein willkommenes Druckmittel.

Auf ihre Weise haben sich auch die europäischen Staaten bereits auf diesen Fall vorbereitet. Wie Deutschland, wo seit dem Beginn der Irakkrise im Dezember 2001 die Anerkennungsquoten von 65 Prozent bis auf zehn Prozent im Erstverfahren gesunken sind, hat auch Großbritannien seine Anerkennungspraxis gegenüber irakischen Flüchtlingen zu deren Ungunsten revidiert, Griechenland kündigte ein EU-Programm zur Abwehr irakischer Flüchtlinge für die nächsten Wochen an.

Damit stehen die Europäer nicht alleine. Bereits Anfang Januar meldete der US-Flüchtlingsrat, die Einwanderungsbehörde habe alle Anträge irakischer Flüchtlinge "auf Eis gelegt". Zwar dementierte die Einwanderungsbehörde und erklärte, es handle sich nur um eine temporäre Überprüfung der Praxis. Das Resultat bleibt das gleiche. Derzeit, so der Flüchtlingsrat, erhalte kein Iraker eine Einreiseerlaubnis.

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sind freie Journalisten und leben in Berlin.

Avis

Poste Vacant

L'Administration Judiciaire se propose d'engager pour les besoins de la Cellule de Renseignement Financier (CRF) du Parquet de Luxembourg

Un analyste financier (M/F)

à durée indéterminée et à tâche complète.

La tâche de l'analyste financier consistera à préparer par une analyse financière et informatique les dossiers de blanchiment et financement du terrorisme afin de per-

mettre aux magistrats et policiers un traitement subséquent au niveau de l'enquête et de la poursuite.

Le candidat devrait avoir un diplôme sanctionnant un cycle complet d'études universitaires reconnu équivalent par la législation et la réglementation luxembourgeoises soit dans le domaine de l'audit financier soit dans celui de l'analyse financière.

Préférence sera donnée à la candidat(e) pouvant se prévaloir d'expériences pro-

fessionnelles dans un département d'audit juridique, financier ou comptable surtout au niveau "forensic" d'une fiduciaire, établissement financier ou assurance.

Le candidat doit être de nationalité luxembourgeoise et avoir des connaissances approfondies en langues luxembourgeoise, anglaise, française et allemande.

Les personnes intéressées sont priées d'adresser leur demande avec curriculum vitae, photo, certificats et di-

plôme au Secrétaire du Parquet Général, Monsieur Carlo WAHL, Parquet Général, Boîte postale 15 à L-2010 Luxembourg, pour le 28 février 2003 au plus tard.

Le Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse

se propose d'engager avec effet immédiat et jusqu'au 31.01.2004

Un(e) employé(e) de la carrière B1

pour son service Solidarité

Les candidat(e)s doivent

- ou bien avoir accompli avec succès 3 années de l'enseignement secondaire ou secondaire technique luxembourgeois;
- ou bien présenter un certificat sanctionnant des études reconnues équivalentes par le Ministère de la Fonction Publique.

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise,

française et allemande et maîtriseront par ailleurs l'outil informatique (traitement de textes etc).

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures, accompagnées d'une notice biographique et d'une copie des certificats d'études sont à envoyer au Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, 12-14, av Emile Reuter, L-2919 Luxembourg, **pour le 21 février 2003 au plus tard.**